



Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

25. Sitzung (öffentlich)

18. Oktober 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:35 Uhr bis 18:00 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|-----------|---|-----------|
| 1 | Dringliche Frage gemäß §59 GO LT NRW <i>(beantragt von René Schneider [SPD])</i> | 5 |
| | <u>In Verbindung mit</u> | |
| 12 | „Wolfsmanagement“ <i>(Bericht beantragt von der FDP-Fraktion)</i> | 5 |
| | – mündlicher Bericht der Landesregierung | |
| 2 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) | 19 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000 | |
| | Bericht
der Landesregierung | |

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
25. Sitzung (öffentlich)

18.10.2023
sd-meg

zu Einzelplan 15 (Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz)

Vorlage 18/1420

Vorlage 18/1630

Vorlage 18/1716

Bericht

der Landesregierung

zu Einzelplan 10 (Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr)

Vorlage 18/1451

Vorlage 18/1577

Vorlage 18/1737

– Wortbeiträge

3 Entwurf einer Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik

29

Vorlage 18/1655

Drucksache 18/6020

– Wortbeiträge

Der Ausschuss wurde angehört.

4 Invasive Tierarten endlich wirksam bekämpfen – heimische Ökosysteme schützen – Auswirkungen auf Natur, Mensch und Wirtschaft ganzheitlich erfassen

30

Antrag

der Fraktion der AfD

Drucksache 18/5417

– Abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 18/5417 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

5 Pläne der Landesregierung in der Bodenpolitik – was ist bislang passiert? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion) 31

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1715 (Neudruck)

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/1715 –
Neudruck – zur Kenntnis.

6 Kreistage stimmen über zweiten Nationalpark ab – was bedeutet das für den Findungsprozess? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion) 32

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1762

– Wortbeiträge

7 Verfahren zu weiteren Schutzgebietsausweisungen in NRW (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion) 39

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1733

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/1733 zur
Kenntnis.

8 Wie geht es weiter mit den Wisenten im Rothaargebirge? 40

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1740

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, ein Expertengespräch
durchzuführen.

9 Welche Pläne hat die Landesregierung für den Wald? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion) 41

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1736

– Wortbeiträge

10 Was plant die Landesregierung beim „Polder Orsoy-Land“? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion) 45

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1735

– Wortbeiträge

11 Wie steht es um die Rekultivierungsmaßnahmen und Abdichtungssysteme an der Deponie Eyler Berg? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion) 47

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1730 – Neudruck

– Wortbeiträge

13 Verschiedenes 49

* * *

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
25. Sitzung (öffentlich)

18.10.2023
sd-meg

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

Bericht
der Landesregierung
zu Einzelplan 15 (Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz)
Vorlage 18/1420
Vorlage 18/1630
Vorlage 18/1716

Bericht
der Landesregierung
zu Einzelplan 10 (Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr)
Vorlage 18/1451
Vorlage 18/1577
Vorlage 18/1737

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Die Fragen der Fraktionen zum Einzelplan 15 wurden mit dem Bericht des Ministeriums für Landwirtschaft vom 9. Oktober 2023 beantwortet, der als Vorlage 18/1716 verteilt wurde. Die Fragen der Fraktionen zum Einzelplan 10 wurden mit dem Bericht des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr vom 13. Oktober 2023 beantwortet, der als Vorlage 18/1737 verteilt wurde.

Gibt es noch Nachfragen zu den Antworten der Landesregierung? – Ich sehe Herrn Schneider. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

René Schneider (SPD): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, es sind auch tatsächlich nur kurze Anmerkungen bzw. Nachfragen zu dem, was wir bekommen haben. Richtiggehend überrascht waren wir, dass jetzt ein Jahr vergangen ist, seit wir das erste Mal über das Thema Umweltchecks gesprochen haben. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, dass die Kolleginnen und Kollegen der Grünen damals insistiert haben und gesagt haben, das können wir nicht im Ausschuss beraten, das muss direkt im Plenum beschlossen werden, damit wir 2023 die ersten Umweltchecks auch schon verteilen können.

Ich lese jetzt in der Antwort auf die Haushaltsfragen – Zitat –: „Derzeit befindet sich eine Förderrichtlinie zu Umwelt- und Naturschutzchecks“ – so soll das wohl heißen – „in der Bearbeitung.“ Meine Frage: Warum dauert so etwas zwölf Monate, obwohl man bei den Heimatschecks abschreiben kann und im Grunde genommen nur Suchen & Ersetzen „Heimatscheck“ durch „Umweltcheck“ machen müsste. Helfen Sie mir da mal auf die Sprünge, wofür es fast 13 Monate braucht, denn es ist ja noch nicht fertig, sondern – Zitat – „in Bearbeitung“.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
25. Sitzung (öffentlich)

18.10.2023
sd-meg

Wir haben ferner gefragt nach zweckgebundenen Einnahmen bzw. nach den Bereichen Wasserrahmenrichtlinie und Wasserabgabe. Ich fange mal mit der Wasserrahmenrichtlinie an, die ja unter anderem aus dem Wasserentnahmeentgelt finanziert wird, also die Umsetzung der Maßnahmen. Wenn ich Ihre Tabelle richtig verstehe, sind 45 Millionen Euro weniger verausgabt worden als zweckgebunden eingenommen worden sind.

Es steht in der Beantwortung drin, dass das ja ins kommende Jahr übertragen werden kann. Muss ich das so verstehen, dass das Jahr für Jahr so gehen kann, sodass wir eine Rückstellung oder Rücklage – ich weiß gar nicht, wie es im Landeshaushalt dann richtig heißt – von 45 Millionen Euro für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie haben, die wir jetzt, wenn wir nur genug Planerinnen und Planer haben, dann auch umsetzen können? Oder ist es eher so, wie ich vermute, dass ein Großteil dieser 45 Millionen Euro, weil sie im Folgejahr nicht abgerufen werden konnten, zurück in den Landeshaushalt gegangen worden sind? Also ganz klare Frage: Haben wir da 45 Millionen Euro auf der hohen Kante für Wasserrahmenrichtlinie?

Ich kann direkt bei der Abwasserabgabe weitermachen. Da wäre das Delta zwischen Einnahmen, zweckgebunden aus der Abwasserabgabe, und dem, was abgerufen worden ist, wenn ich es richtig gerechnet habe, übern dicken Daumen, 21 Millionen Euro, wo man auch da fragen kann: Haben wir jetzt wunderbarerweise 21 Millionen auf dem Konto liegen, die wir beispielsweise für eine 4. Reinigungsstufe nutzen könnten? Das wäre wunderbar, weil wir das Geld allemal brauchen können.

Weitere Frage: Im Haushalt 2023, auch das Teil einer Ihrer Antworten, stehen 10 Millionen Euro drin für neue Pegelmessnetzstellen – eines meiner Lieblingsthemen. Ich warte immer noch auf den ersten Spatenstich. Meine Frage: Wie ist da der Mittelabfluss? Es kann ja nicht mehr als für Gutachten und für Bereisungen in Gummistiefeln an mögliche Orte, wo dann eines Tages eine Pegelmessnetzstelle gebaut werden wird, verausgabt worden sein. Also, was ist da mit diesen 10 Millionen Euro für 2023 passiert? Gehen die wieder zurück?

Dann würde ich gerne die Frage, die die Kollegin Andriesen unter TOP 1 hätte stellen wollen, jetzt stellen. Es heißt, wir sehen den Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für 23 bis 26 und eröffnen im Förderbereich 4 die Möglichkeit, laufende Betriebsausgaben für wolfsabweisende Zäune und Herdenschutzhunde zu fördern. Werden Sie diese Option ziehen? Wird da was kommen? Das ist ja auch Teil unseres Antrages zum Thema „Weidetierschutz“, den wir noch ruhend gestellt haben.

Die letzte Frage aus dem Umweltbereich – ich habe ein bisschen gewildert im Agrarbereich, aber eigentlich ist das Sache meiner geschätzten Kollegin Julia Kahle-Hausmann, die direkt im Anschluss weitermacht, weil wir uns das geteilt haben – dreht sich um den AAV. Sie wissen, in der Vergangenheit haben wir immer Haushaltsanträge dazu gestellt, weil wir gesagt haben, da muss mehr Masse rein, damit der AAV sich kümmern kann. Sie haben jetzt eine Titelgruppe reaktiviert, die es 2018 schon einmal gab. Deswegen meine Frage – damals war es ein einmaliger Zuschuss –: Werden die 2 Millionen im Haushalt 2024 in dieser Titelgruppe auch einmalig bleiben? Oder ist das

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
25. Sitzung (öffentlich)

18.10.2023
sd-meg

jetzt nur wegen – Sie haben es so begründet – der Rechnungslegung, das eine ist so, das andere ist aus dem Landeshaushalt. Wird das jetzt jedes Jahr so sein? Wird es quasi ein Haushalt, eine Förderung sein, auf die sich der AAV einrichten kann und sagen kann: Diese 2 Millionen Euro mehr werden wir jetzt wohl jedes Jahr bekommen. Das ist mir nicht so ganz klar geworden. Oder ist das jetzt nur ein einmaliges Taschengeld, was obendrauf kommt, und nächstes Jahr wieder nicht?

Das wären meine Fragen aus dem Umweltbereich. Ich weiß nicht, Frau Vorsitzende, wenn Sie erlauben, könnte Frau Kahle-Hausmann direkt anschließen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Da muss ich Herrn Brockes anschauen, der hatte sich davor gemeldet. Wäre es okay, wenn die SPD das durchmacht? – Dann Einzelplan 15 jetzt. – Frau Kahle-Hausmann.

Julia Kahle-Hausmann (SPD): Dann haben wir weitere Fragen. Wir haben beispielsweise einen Aufwuchs bei der Landwirtschaftskammer gesehen. Die landwirtschaftlichen Betriebe nehmen in der Zahl ab, aber die Ausgaben der Landwirtschaftskammer zwischen 2015 und 2024 steigen um rund 50 %, das heißt, rund ein Fünftel des gesamten Einzelplans 15. Könnten Sie uns da bitte die genauen Ursachen der Steigerung und die kostenmäßige Zuordnung zu den Förderbereichen darlegen? Das wäre das eine. Darf ich direkt weitermachen?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Sagen Sie immer den Einzelplan dazu, damit wir wissen, wer gemeint ist?

Julia Kahle-Hausmann (SPD): Ach so. Das ist alles Einzelplan 15.

Mittelabruf, GAK, was in den letzten Monaten mein Lieblingsthema geworden ist: Es ist weiterhin für uns nicht ersichtlich oder eher undurchsichtig, was da passiert. Sie haben gesagt, es ist ein hoher Mittelabruf ab dem vierten Quartal da. Das hat sich aber bis jetzt überhaupt nicht bestätigt. Um besser durchzusteigen – nach der letzten Vorlage waren wir ratloser zurückgeblieben, als wir in die Sitzung gestartet sind –, würde ich darum bitten, dass man die GAK-Mittel für 2022/2023 nach Förderbereichen aufschlüsselt, damit wir die mit 2024 gescheit vergleichen können. Also, wie viel steht insgesamt für den Förderbereich 9 beispielsweise zur Verfügung? Es geht um die Vergleichbarkeit.

Dann zum Thema „Ökolandbau“: Das ist Titelgruppe 68 565. Sie hat eine Kürzung von 600.000 Euro für die Ökomodellregionen zu verzeichnen. Was bedeutet das tatsächlich im Klartext? Was muss dort reduziert werden? Welche Konsequenzen werden wir da wahrscheinlich sehen?

Das Zentrum für ländliche Entwicklung (ZeLE) hat gleichzeitig einen Aufwuchs von 50.000 Euro. Die haben offensichtlich auch Planungen vorgestellt, die diese 50.000 Euro rechtfertigen würden. Was ist da geplant? Könnten Sie uns da weiterhelfen?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Jetzt Herr Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich würde gerne mit den Nachfragen zum Einzelplan 10 anfangen wollen, Herr Minister, zum Findungsprozess Nationalpark. Da wäre von uns die Frage, wie lange da der Vertrag mit den Agenturen PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH und Zebralog GmbH läuft. Und wir hätten gerne gewusst, wie viele Agenturen sich an der Ausschreibung beworben haben.

Dann zum Thema „Biologische Stationen“. Sie hatten bei den Haushaltsvorbereitungen zu diesem Haushalt versichert, dass es eine genaue Differenzierung der 7,75 Millionen Euro geben würde. Das können wir leider dem Haushalt und auch der Beantwortung unserer Fragen nicht entnehmen. Deshalb hier noch mal die Frage: Wie sieht die Differenzierung dieser Mittel genau aus?

Dann zum Einzelplan 15, Frau Ministerin, da das Thema „Mehrgefahrenversicherung“. Sie haben da die Mittel aufgestockt. Die Frage ist: Warum werden nicht auch weitere Kulturen in das Förderprogramm mit aufgenommen? Kulturen, die als Lebensmittel den Bürgerinnen und Bürger zukommen, sind dort teilweise nicht enthalten.

Die zweite Frage wäre zum Themenbereich „Wiederaufforstung“. Sie schreiben zu der Frage 15, dass der Ansatz im nunmehr fortgeschrittenen Programmverlauf den entsprechenden Erwartungen an das Antragsvorkommen angepasst wurde und mit dieser Begründung gekürzt wurde. Da hätten wir gerne gewusst, was Sie da so sicher macht. – Danke.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Dann bitte ich um Beantwortung. Wer fängt an? – Herr Krischer, bitte sehr.

Minister Oliver Krischer (MUNV): Frau Vorsitzende! Ich würde Herrn Staatssekretär und die Kollegin Mause bitten, die Haushaltsfragen zu beantworten.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Staatssekretär, Sie haben das Wort.

StS Viktor Haase (MUNV): Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich hoffe, dass ich mir alle Fragen notiert habe. Sonst müssten Sie mich noch mal dran erinnern.

Als Erstes habe ich mir das Stichwort „Umweltchecks/Naturschutzchecks“ aufgeschrieben. Wir haben tatsächlich diese Begrifflichkeit erwähnt. Das kommt daher: Wir haben keine zusätzlichen Mittel für die Umweltchecks im Haushalt, sondern wir gehen mit dieser Thematik in den Naturschutzbereich. Deswegen diese Begrifflichkeit „Umweltchecks/Naturschutzchecks“ in der Antwort.

Warum das etwas länger gedauert hat, hat zwei Ursachen. Das eine ist, dass wir ursprünglich beabsichtigt hatten, das über die Förderrichtlinie „Naturschutz“ abzuwickeln. Es hat sich aber im Laufe dieses Prüfungsprozesses herausgestellt, dass das nicht

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
25. Sitzung (öffentlich)

18.10.2023
sd-meg

funktioniert. Deswegen schwenken wir jetzt auf eine Förderrichtlinie um. Zum anderen hat es mit der Krankheit einer Kollegin, die das abwickeln kann, zu tun, dass es jetzt etwas länger gedauert hat. Das sind die beiden Gründe, warum wir dazu noch nicht so weit sind, wie wir es eigentlich gerne wollten. Wir haben auch andere Themen dort, die abgewickelt werden, auch Förderrichtlinien. Die Frage „Biostationen“ kommt gleich noch. Das sind immer dieselben Leute, die das auch machen müssen, und das dauert im Alltag manchmal etwas länger, als es vielleicht gewünscht ist.

Zu den beiden Themenkomplexen „Wasserentnahmeentgelt/Umsetzung Wasserrahmenrichtlinie und Abwasserabgabe“: Das sind zweckgebundene Mittel, die im Haushalt entsprechend zweckgebunden verbucht werden und nicht dem Finanzminister zurückfließen. Das sind Haushaltsreste, die weiter zur Verfügung stehen, auch überjährig. Die müssen jeweils von einem Jahr in das andere umgebucht werden, aber die stehen dann auch entsprechend zur Verfügung. Öfter ist es so, dass die Mittel auch schon in Projekten anvisiert bzw. verplant sind oder über Programme festgelegt sind, sodass die Mittel über einen längeren Zeitraum abfließen können. Es sind zweckgebundene Einnahmen von Beginn an, seit es das Wasserentnahmeentgelt in Nordrhein-Westfalen gibt, und die können dementsprechend überjährig abfließen, was auch geschieht, und zwar projektbezogen.

Die Frage der Ausgaben für Pegelmessstellen: Wir haben eine Zielvereinbarung mit dem LANUV, die umzusetzen, auch in diesem Jahr schon. Wir hatten sie ja nicht extra im Haushalt ausweisen können, haben eine Zielvereinbarung für dieses Jahr und entsprechend auch Mittel zugewiesen. Sie können sich wahrscheinlich erinnern: Wir hatten einen sehr ausführlichen Termin hier, in dem dargestellt wurde, wie kompliziert diese Prozesse sind – das betrifft auch Genehmigungsverfahren an den Gewässern –, und dass es nicht so ist, dass man den Spaten einmal in den Boden rammt und dann direkt bauen kann.

Ich kann Ihnen jetzt ad hoc nicht sagen, wie weit die einzelnen Pegel sind. Wir haben Ihnen auch schon mitgeteilt, in welchen Bereichen Standorte kommen sollen. Wie weit die im einzelnen Verfahren sind, das müssen wir vielleicht noch mal gesondert machen. Aber es sind komplizierte Bauwerke, die da gemacht werden müssen und die auch Zeit in Anspruch nehmen. Wir arbeiten aber mit Hochdruck daran. Es scheitert nicht an der Frage des Geldes, zu welchem Zeitpunkt der Pegel dort hinkommt, sondern es sind die Verfahren, die wir mit Hochdruck bearbeiten.

Zuletzt von Ihnen die Frage nach dem AAV: Die Mittel stehen jetzt für 2024 zur Verfügung. Natürlich haben wir das gemeinsame Ziel, dass das dauerhaft ist. Im Moment werden wir diese Mittel, die 7 Millionen Euro, die zusätzlich über die jährlichen Wasserentnahmeentgeltmittel kommen, aus denen sich der AAV im Wesentlichen finanziert, über die andere Haushaltsstelle abwickeln; das sind die Landesmittel, die wir im kommenden Jahr zur Verfügung stellen können. Natürlich gibt es das gemeinsame Bestreben aller Betroffenen, dass wir das in irgendeiner Form auch in Zukunft hinkommen. Im Moment sind es Mittel für 2024.

Dann habe ich noch zwei Fragen von Herrn Abgeordneten Brockes, Stichwort „Nationalpark, Vertragsdauer mit PD“. Das eine ist: Mit PD kann man Inhouse-Verträge

abschließen. Das ist die Grundkonstruktion. Das ist auch etwas, was wir hier angewandt haben. Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 3. Quartal 2024 mit einer Verlängerungsoption. Das ist der Stand dort.

Zu den Biologischen Stationen: Da hatten wir Ihnen auch schon mal berichtet, dass wir derzeit in einem Diskussionsprozess sind, entsprechend den Auftrag aus dem Koalitionsvertrag umzusetzen. Das eine ist, die Grundausrüstung noch mal neu zu überlegen und insbesondere auch die überjährige oder die mehrjährige Finanzierung hinzubekommen. Bei diesem Prozess sind wir mehr oder weniger kurz vorm Abschluss. Wir hatten einen längeren Prozess, in dem es darum ging, die Verrechnungseinheiten, die die Grundlage für die Antragstellung bei den Biologischen Stationen sind, nach 2004 auf Basis der entsprechenden Entwicklungen wieder neu zu justieren. Der Prozess ist soweit abgeschlossen und muss sich am Ende in Haushaltszahlen ausdrücken.

Das hängt aber am Ende davon ab, dass wir, weil die Antragsverfahren der Biologischen Stationen auf Basis der neuen Grundlagen gerade laufen, diese am Ende in die Fördersystematik mit einfließen lassen müssen. Deswegen sind das im Moment Zahlen, die noch nicht die sind, die im nächsten Jahr abfließen werden. Natürlich können wir darüber gerne berichten. Durch die Haushaltssystematik und die Deckungsfähigkeiten in der Titelgruppe 82 ist sichergestellt, dass wir die Mittel da auch zur Verfügung haben. Ich müsste Ihnen im Umlauf entsprechend berichten. Ich hoffe, auch da die Fragen soweit beantwortet zu haben.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Danke, Herr Staatssekretär. Ich schaue jetzt mal beide Fragenden zum Einzelplan 10 an. Ich glaube, alles wurde abgearbeitet. Herr Schneider und Herr Brockes nicken. – Dann gehen wir zu Einzelplan 15. Frau Ministerin, bitte sehr.

Ministerin Silke Gorißen (MLV): Vielen Dank. Ich gehe erst mal zu Frage 1, die zunächst von Frau Andriessen gestellt wurde und von Herrn Schneider wiederholt worden ist. Das sind Mittel, die tatsächlich den Haushalt des MUNV betreffen würden. Da können die Kollegen etwas zu sagen, also gebe ich die Frage erst mal ab und komme dann wieder zurück zu den Fragen, die zu mir gehören.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Staatssekretär noch mal zu den Zäunen.

StS Viktor Haase (MUNV): Das war gerade noch ein Nachklang zu der Dringlichen Frage. Das betraf die Frage von Frau Andriessen nach der GAK-Förderung. Ich habe es mir eben noch mal erklären lassen und hoffe, dass ich das richtig wiedergebe. Es gab eine kleine Förderlinie in der GAK für den Herdenschutz. Für Nordrhein-Westfalen hat das eine Größenordnung von 80.000 Euro ausgemacht, die wir – das war eine Entscheidung seit längerem – insofern nicht in Anspruch genommen haben, weil wir die eigenen Förderschutzmöglichkeiten, unsere eigene Förderrichtlinie zum Herdenschutz haben, die in Nordrhein-Westfalen deutlich höher ist als diese Förderlinie.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
25. Sitzung (öffentlich)

18.10.2023
sd-meg

Es lohnt kaum, für den Bereich die Abwicklung über die GAK zu machen. Der ist nie aufgestockt worden. Deswegen sind wir in Nordrhein-Westfalen einen anderen Weg gegangen seinerzeit, nicht jetzt neu, sondern das ist eine Entscheidung gewesen, als die Herdenschutzförderung in Nordrhein-Westfalen eingeführt worden ist. Das sind keine Riesenbeträge. Deswegen ist das nicht das, was den Landwirten da hilft.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Jetzt haben wir Einzelplan 10 durch, und ich würde dann zu Einzelplan 15 kommen, bitte sehr.

Ministerin Silke Gorißen (MLV): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Dann komme ich zu den Fragen, die Frau Kahle-Hausmann gestellt hat. Da ging es zunächst einmal um die Steigerung der Kosten bei der Landwirtschaftskammer. Wir hatten hierzu auch Ihre Frage 3 des Fragenkatalogs beantwortet. Wir haben es hier tatsächlich mit einem Einmaleffekt zu tun. Die Landwirtschaftskammer hat mit enorm gestiegenen Personalkosten und mit gestiegenen Sachkosten zu tun. Da war jetzt eine Anpassung dringend erforderlich, die entsprechend vorgenommen worden ist.

Sie sagten gerade, es gibt einen Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe. Damit inkludiert ist wahrscheinlich die Frage, warum die Kosten steigen, wenn man doch denken könnte, dass die Landwirtschaftskammer dann vielleicht weniger Aufgaben zu erledigen hätte. Dem ist aber nicht so. Insbesondere sehen wir bei der Landwirtschaftskammer, dass sie insbesondere im Rahmen der GAP-Reform – auch darauf haben wir hingewiesen – weitere Aufgabenfelder zugeteilt bekommen hat, sodass es hier nicht ein Weniger an Arbeit für die Mitarbeiter bei der Landwirtschaftskammer gibt.

Dann zum Mittelabruf bei der GAK: Da würde ich gleich an unseren BdH, Herrn Dr. Postler, verweisen. Es ist so, dass der Mittelabfluss – und das ist auch nicht neu – meist im vierten Quartal am größten ist. Damit erklärt sich schon, dass man, wenn man zu einem vorgelagerten Zeitpunkt darauf guckt, sich manchmal fragt: Warum steht da noch so viel an Mitteln? Tatsächlich gehen die Mittel zum Ende des Jahres raus. Ich schaue kurz nach hinten, ob wir abgeben sollen, ob da noch etwas zu ergänzen ist. Dann würde ich die Vorsitzende bitten, Herrn Dr. Postler noch das Wort zu geben.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Dann würden wir das so machen, bitte sehr.

LMR Dr. Frank Postler (MLV): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Frau Abgeordnete! Wir haben den Mittelabruf in der Fragestellung ja beantwortet. Für 2023, 4. Quartal, können wir sachlogischerweise die Frage noch nicht beantworten. Wir würden anregen, das schriftlich nachzureichen, damit das entsprechend nachvollzogen werden kann. Ansonsten bleibt es dabei: Im 4. Quartal ist der Mittelabfluss am größten. Insofern würden wir anbieten, dass wir das noch mal schriftlich darlegen und nachreichen würden.

Ministerin Silke Gorißen (MLV): Dann kann man auch sehen, wann das Geld abgeflossen ist. Dann kann man es in der Rückschau darstellen. Das ist am transparentesten, denke ich.

Dann war die nächste Frage, warum es zur Kürzung der Mittel beim Ökolandbau gekommen ist. Da traf es den Ökolandbau wie die meisten anderen Bereiche auch, dass wir aufgrund der Sparzwänge, die wir aktuell im Haushalt haben, Mittelkürzungen vornehmen mussten. Wir haben überall nach Möglichkeit die Ansätze ein Stück weit runtergesetzt – davon ist auch der Ökolandbau betroffen –, um die Sparvorgaben bei uns im Haus einhalten zu können.

(Julia Kahle-Hausmann [SPD]: Welche Konsequenzen erwarten Sie da?)

– Wir haben natürlich die Situation, dass aufgrund der Mittelkürzungen jeder ein Stück weit zurücktreten muss. Wir fördern die Ökomodellregionen weiterhin vor allem mit vielen Veranstaltungen, die durchlaufen. Aber Tatsache ist, dass jeder selber auch sehen muss, wie er mit den Mitteln, die zur Verfügung gestellt werden können, im nächsten Jahr klarkommt. Es muss überall eingespart werden. Da konnten wir nahezu keine Ausnahmen machen.

Aber wir haben natürlich die Ökomodellregionen in der Förderung weiterhin gut im Blick, insbesondere mit Veranstaltungen, insbesondere da, wo es um Vernetzung geht. Da sehen wir – das ist im Grunde genommen das große Thema, das wir in einer der letzten Sitzungen auch vorgetragen haben –, was sich bei den Ökomodellregionen so tut und wie da der aktuelle Stand der Dinge in den Regionen ist. Das war jeweils aufgelistet. Da sind wir auch im Haus im Austausch mit den entsprechenden Managern, die wir vor Ort haben. Da wird man miteinander sehen, wie man mit der Situation gut umgehen kann. Es wäre schöner, wir hätten alle mehr Geld zur Verfügung.

Dann ging die nächste Frage um die Mittel bei ZeLE. Die sind moderat aufgestockt worden, es ist ein kleiner Betrag. Da würde ich an Herrn Leser abgeben zur Beantwortung, weil er sich in erster Linie damit befasst.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Leser, Sie haben das Wort.

RB'r Hans Leser (MLV): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Die 50.000 Euro Aufstockung für ZeLE (Zentrum für ländliche Entwicklung) sind damit begründet, dass mehr Veranstaltungen für den ländlichen Raum geplant werden und geplant sind, um in der Dorfentwicklung und Stärkung des ländlichen Raumes weiterzukommen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Leser.

Ministerin Silke Gorißen (MLV): Dann würde ich zu den Fragen von Herrn Brockes kommen. Herr Brockes hatte die Mehrgefahrenversicherung angesprochen und hier die Frage gestellt, warum beispielsweise keine Ausweitung auf Lebensmittel, die angebaut werden, vorgenommen wird. Wir haben die Mehrgefahrenversicherung im Gartenbau unterstützt und mit angestoßen. Da war uns ganz wichtig, den Gartenbau, der sich in einer sehr schwierigen, kritischen Zeit befindet, finanziell zu unterstützen und

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
25. Sitzung (öffentlich)

18.10.2023
sd-meg

auf dem Weg zu begleiten, auch diese Mehrgefahrenversicherung abzuschließen, in Anspruch zu nehmen, weil wir es gerade im Gartenbau mit mehrjährigen Kulturen zu tun haben.

Wenn wir bei diesen mehrjährigen Kulturen durch bestimmte Wetterereignisse Einbußen haben, dann ist das beim Landwirt schwierig, wenn das passiert, klar. Aber dann sind sie im nächsten Jahr auch wieder mit der nächsten Kultur dabei. Bei den mehrjährigen Kulturen haben Sie das Problem, dass wirklich über viele Jahre hinweg Kulturen verlorengehen, dadurch die Schäden besonders hoch sind. Hier wollen wir den Gartenbau in der ersten Zeit unterstützen, entsprechend auch eine Vorsorge zu betreiben. Da sind natürlich auch Lebensmittel mit betroffen, beispielsweise Obst, wo der Obstanbau über den Gartenbau mit erfolgt.

Dann hatten Sie noch Fragen zur Kürzung bei den Mitteln zur Wiederaufforstung. Da würde ich abgeben an unseren Abteilungsleiter Daniel Hartmann von der Abteilung III.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Hartmann, bitte sehr.

MDgt Daniel Hartmann (Abteilungsleiter MLV): Frau Vorsitzende! Vielen Dank. Herr Abgeordneter Brockes, zu den Mitteln der Wiederbewaldung kann ich kurz ausführen, dass die Mittelzuweisungen im Rahmen der Schmallenberger Erklärung gerade zu Anfang etwas höher waren. Grund war hier das zu erwartende höhere Antragsvolumen. Die Anträge werden jetzt in den Folgejahren etwas weniger. Wichtig ist allerdings, dass das Gesamtvolumen der zugesagten Mittel, davon gehen wir aus, erreicht wird.

Aktuell ist es so, dass ausreichend Mittel zur Wiederbewaldung zur Verfügung stehen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Hartmann. – Herr Schneider, bitte sehr.

René Schneider (SPD): Ich muss noch mal auf die GAK-Mittel zurückkommen. Ich glaube, wir haben da aneinander vorbeigesprochen. Es gibt ja einen aktuellen Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe, der für 2023 bis 2026 gilt. In Förderbereich 4, Seite 130 – hat natürlich jetzt nicht jeder vorliegen, aber vielleicht kann man da noch mal nachschauen – geht es um ein Programm, das von der EU-Kommission am 06.12.2022 beschlossen worden ist. Die Maßnahme ist befristet bis zum 31.12.2027 und Gegenstand der Förderung ist – Zitat –:

„Gefördert werden können zusätzlich laufende Betriebsaufgaben für wolfsabweisende Zäune, aber auch für Herdenschutzhund.“ Und dahin geht meine Frage: Ist beabsichtigt, dieses Förderprogramm zu ziehen? Es ist ja qualitativ noch mal ein Sprung, wenn man den Weidetierhaltern die Möglichkeit gibt, auch die laufenden Kosten ... Reden wir da wirklich über ein Programm von 80.000 Euro für Nordrhein-Westfalen? Staatssekretär Haase hat gerade gesagt, wir haben das damals mal geprüft. Es kann scheinbar nicht das Projekt oder nicht der Förderbereich sein. Denn das scheint mir aufgrund der Fristen, die hier im Rahmenplan drinstehen, doch ein neues Förderwerkzeug zu sein.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Herr Staatssekretär, bitte sehr.

StS Viktor Haase (MUNV) : Das müsste man noch mal prüfen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Wird geprüft und nachgereicht. – Herr Dr. Nolten.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Frau Kollegin Andrieschen von der SPD-Fraktion hat eben die Frage nach der Aufschlüsselung für die einzelnen Förderbereiche bei der GAK für 22, 23, 24 gestellt. Ich habe mich dann gefragt: Wenn der Bundeshaushalt für 2024 deutliche Kürzungen vorsieht und der PLANAK (Planungsausschuss für Agrarstruktur und Küstenschutz) normalerweise Ende des Jahres tagt, dann kann ich doch heute noch gar nicht wissen, wie die Aufteilung auf die einzelnen Bereiche aussieht und wo ich gegebenenfalls zu 100 % mit meinen Mittel reingehe. Ist die Annahme richtig, dass die Aufteilung da noch nicht da ist?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Okay. Ich sehe aber keine weiteren Fragen mehr.

(Zurufe)

Könnten wir vielleicht auch nachher diesen Dialog der gegenseitigen Anerkennung weiterführen? – Wunderbar.

Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.